

## Italien

GIANNI BONVICINI

### *Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Italien*

Gleich zu Anfang des Jahres 1983 veröffentlichte die OECD eine alarmierende Untersuchung über die wirtschaftliche Lage in Italien, in der trotz des Rückgangs der Inflationsrate auf 16 % und der weiteren Verminderung des Außenhandelsdefizits auf die Schwächen und bestehenden Ungleichgewichte in der italienischen Wirtschaft hingewiesen wird: Das Defizit der öffentlichen Hand steigt weiter an, die Lohnkosten bleiben besonders im Vergleich zum europäischen Standard auf einem hohen Niveau, die Produktivität im industriellen Bereich sinkt weiter. Im wesentlichen wurde in der Studie die Frage gestellt, wie Italien mit den anderen EG-Ländern Schritt halten und gleichzeitig aus dem wirtschaftlichen Aufschwung in den USA und in Japan Vorteile ziehen könne. Die OECD betont ferner, daß Ergebnisse und Entwicklungen der italienischen Wirtschaft 1983 und in den nachfolgenden Jahren zum großen Teil vom Resultat der bereits seit mehreren Monaten laufenden Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung abhängen werden.

Diese Verhandlungsrunde kam am 22. Januar durch Vermittlung des christlich-demokratischen Arbeitsministers Vincenzo Scotti zum Abschluß; dabei einigte man sich im wesentlichen auf eine ungefähr 15 %ige Verringerung des Lohnindex sowie auf einige Höchstgrenzen für die Lohnerhöhungen und eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit für die Jahre 1983 bis 1985.

Zum ersten Mal war damit in Italien eine Vereinbarung dieser Art zustande gekommen. Trotz des recht begrenzten Ausmaßes der eingegangenen Verpflichtungen wurde sie als eine bedeutende Wende begrüßt. Aus Brüssel erklärte der EG-Kommissar Antonio Giolitti dazu, daß nun endlich das Tabu über die Lohnindexierung gefallen sei, das jahrelang jegliche Initiative in dieser Richtung blockiert hatte; jetzt werde es möglich, wieder auf die Wirtschaftsziele der EG hinzuwirken und den Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit fortzusetzen<sup>1</sup>. Die italienische Regierung gab ihrerseits als Ziel eine Inflationsrate von 13 % für 1983 und von 10 % für 1984 an. Tatsächlich lag sie aber am Jahresende bei den von der OECD genannten 15 %.

Die Erklärung für den Unterschied zwischen Zielsetzung und Realität liegt nicht so sehr in der Begrenztheit der eingegangenen Verpflichtungen als vielmehr in der prekären innenpolitischen Lage, die im Laufe des Jahres von drei

herausragenden Ereignissen gekennzeichnet war: der Krise der von dem christlich-demokratischen Ministerpräsident Amintore Fanfani geführten und nur wenige Monate im Amt verbliebenen Regierung, der um ein Jahr vorgezogenen Parlamentswahlen, und dem Zustandekommen einer neuen – zum ersten Mal seit dem Kriege von einem Sozialisten, dem PSI-Sekretär Bettino Craxi, geführten – Regierung im August. All dies hat die Regierungstätigkeit praktisch sechs Monate lang unterbrochen und einem Großteil der zu Jahresanfang eingeleiteten Sparmaßnahmen die Schlagkraft genommen. Darüber hinaus war der Wahlkampf in einem Klima äußerster Spannung zwischen den Regierungsparteien, insbesondere zwischen den Christlichen Demokraten und den Sozialisten, verlaufen.

Die Wahlergebnisse vom 26. Juni führten schließlich zu einem gravierenden Wandel der politischen Landschaft in Italien. Die DC – die Partei mit der relativen Mehrheit – verlor unerwartet 6 % ihrer Wählerschaft und erreichte mit einem Absinken von 38,3 % auf 32,9 % des Stimmenanteils einen historischen Tiefstand seit Beginn der Republik. Der große Gegner, die sozialistische Partei, konnte ihren Stimmenanteil geringfügig von 9,8 % auf 11,4 % verbessern, während die KPI mit kaum unter dem Ergebnis von 1979 liegenden 29,9 % ihre Position hielt. Gewonnen haben bei diesen Wahlen vor allem die kleinen Parteien, allen voran die Republikanische Partei des früheren Ministerpräsidenten Giovanni Spadolini.

Die erste Amtshandlung des neuen Regierungschefs Craxi bestand wiederum in der Erstellung eines Sparprogramms vor allem zur Beschränkung des Defizits der öffentlichen Hand auf maximal 90 000 Mrd. Lire (gegenüber den für 1984 veranschlagten 130 000 Mrd.) und der Inflationsrate auf 10 % für 1984. Im Grunde wurde damit der wirtschaftspolitische Kurs der vorhergehenden Regierungen bestätigt und demzufolge auch der Wille dokumentiert, dem Beispiel der anderen EG-Mitgliedstaaten zu folgen.

Entgegen allen Vorhersagen brachten die Parlamentswahlen nur einen zahlenmäßig ganz geringfügigen Wechsel von Europaparlamentariern auf die nationale Ebene. So haben nur zwei Christdemokraten und ein Sozialist für das nationale Mandat optiert, während eine ebenso kleine Gruppe hochrangiger Politiker das Doppelmandat beibehielten. Auf der Regierungsbank brachte dagegen die Ablösung von Außenminister Emilio Colombo, der inzwischen in Europa überall gut bekannt war, durch seinen Parteifreund Giulio Andreotti eine bedeutende Veränderung. Im Wahlkampf wurden die europäischen Themen nur ganz am Rande behandelt.

#### *Europa in der Außenpolitik Italiens*

Die italienische Außenpolitik, die in den vergangenen Jahren hauptsächlich auf die EG und das Atlantische Bündnis und nur sporadisch auf andere Bereiche ausgerichtet war, hat seit Anfang der 80er Jahre einen gewissen Wandel erfahren. Vor allem 1983 fiel Italien eine wichtige und zugleich schwierige interna-

tionale Rolle zu: Erstmals seit vielen Jahren ist Italien sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene in den großen internationalen Entscheidungen und Krisensituationen präsent. Dies gilt vor allem für die italienische Mitwirkung an der Friedenstruppe im Libanon, die – was nur natürlich ist – die Aufmerksamkeit nicht nur der Regierung, sondern der gesamten Öffentlichkeit auf sich zog. Und dies gilt auch für die Diskussion über die Stationierung der Cruise Missiles in Sizilien, die das parlamentarische und politische Leben Italiens weitgehend bestimmte. Angesichts dieser beiden herausragenden Ereignisse war die Außenpolitik Europas im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) nur von sekundärer Bedeutung und fand nur im Fall möglicher Initiativen Italiens im Nahen Osten Aufmerksamkeit.

Zur Frage der Mittelstreckenraketen und zum Verlauf der Genfer Verhandlungen sind nur zwei Anmerkungen zu machen: Die EG war nicht direkt in den Entscheidungsprozeß einbezogen, da es sich ja um Themen des NATO-Kompetenzbereichs handelte; selbstverständlich sind aber die bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen den Partnern der Gemeinschaft häufiger geworden, um jene ‚feste Front‘ zu konsolidieren, in deren vorderster Reihe neben Italien auch Deutschland, Großbritannien und selbst Frankreich – dies zeigte sich auch in der Rede Präsident Mitterrands vor dem Deutschen Bundestag – standen. Demzufolge wurde bei allen bilateralen Kontakten zwischen Italien und den wichtigsten Partnern der EG neben den Gemeinschaftsthemen stets die Frage der Aufstellung der Mittelstreckenraketen und der Verlauf der Genfer INF-Verhandlungen über nukleare Mittelstreckensysteme vorrangig behandelt. Als indirekte Folge der Entscheidung über die Aufstellung der Cruise Missiles auf Sizilien begann man in Italien – gerade wegen der politischen Schwierigkeit, diese Entscheidung zu akzeptieren – über die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung des europäischen Vorgehens im Bereich der Sicherheit nachzudenken. In fast allen parlamentarischen Debatten über die Mittelstreckenraketen – die letzte fand im November statt – wurde das Problem einer eigenständigen Position Europas zu den Sicherheitsfragen aufgeworfen. Ein bereits im Januar vom ehemaligen italienischen Botschafter in den USA und Ex-Senator, Sergio Fenoaltea, lancierter Vorschlag für eine Verteidigungsgemeinschaft zwischen den fünf nicht nuklearen Staaten der Westeuropäischen Union (WEU)<sup>2</sup> fand in der Wissenschaft und in den unmittelbar betroffenen Regierungskreisen breiten Widerhall, auch wenn er bisher keine konkreten Ergebnisse zeitigte<sup>3</sup>.

In der europäischen Perspektive wichtiger ist allerdings der zweite Punkt, die Rolle Italiens im Libanon. Es ist verständlich, daß Italien angesichts der Bedeutung der Mission seiner Truppen in Beirut und vor allem angesichts der zunehmenden Verschärfung der Lage dort mehr als die anderen, am Friedenskorps beteiligten Länder eine politische ‚Deckung‘ im Rahmen der EPZ gesucht hat. Dieser Rückhalt war jedoch recht bescheiden und mit Sicherheit nicht ausschlaggebend für das italienische Engagement im Libanon. So haben

am 1. März 1983 die EG-Außenminister die Beteiligung an der Libanon-Friedenstruppe generell gutgeheißen und von einer positiven Aktion Europas für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung im Libanon gesprochen<sup>4</sup>. Auch bei der Sitzung vom 10. Oktober in Athen ist es zu keinem wirklich nennenswerten Vorschlag gekommen, als die Frage einer italienischen und griechischen Präsenz im Chouf-Gebirge aufgeworfen wurde (mit dem Ziel, die zerstrittenen Drusen und Maroniten zu trennen). Der italienische Außenminister Giulio Andreotti versuchte zwar zu erreichen, daß sich mehr Staaten an der Initiative beteiligten (bis hin zu einer unmittelbaren Einbeziehung der UNO), aber mehr als eine halbherzige Unterstützung konnte er nicht erlangen.

Auch auf dem Dezember-Gipfel des Europäischen Rates in Athen kam es, trotz langwieriger Vorbereitung im Monat zuvor und unter starker Mißbilligung von italienischer Seite und heftigen Reaktionen in der italienischen Presse nicht zu einer Erklärung zum Nahen Osten und zu Libanon. In Italien entstand daraufhin der Eindruck, daß die EPZ lediglich ein Konsultations- und Informationsforum ist, aber kein Gremium, das nationale Initiativen stützt und deckt.

Im Bereich der bilateralen Beziehungen mit den anderen Ländern der EG waren die Aktivitäten Italiens besonders rege, obwohl sich solche Aktivitäten für das Land nicht selten schwierig und widersprüchlich darstellen. Einerseits wird dabei nämlich die politisch-diplomatische Randstellung Italiens besonders deutlich und andererseits entsteht dadurch bei den Partnern in der Gemeinschaft der Verdacht, daß bei auftretenden Schwierigkeiten nach wie vor den Bindungen zu den USA der Vorrang gegeben wird. Aus dieser Sicht sind 1983 die beiden Zusammenkünfte mit der französischen Regierung außerordentlich bedeutsam. Auch wenn bei dem ersten Treffen zwischen Fanfani und Mitterrand in Paris am 14. und 15. Februar beschlossen wurde, jährlich zwei Zusammenkünfte nach dem deutsch-französischen Beispiel abzuhalten, kam es doch auch gleich zu Unstimmigkeiten mit den Franzosen über die italienische Beteiligung am Airbus-Projekt, denn die italienische Regierung beklagte sich, daß ihr dabei lediglich eine sekundäre Rolle – die des Käufers – zugeteilt werde.

Noch gespannter verlief das Treffen vom 18./19. November in Venedig zwischen Mitterrand und Craxi. Es fand gerade in dem Augenblick statt, als die Franzosen ohne jegliche Absprache mit dem italienischen Verbündeten einen Luft-Vergeltungsakt in Baalbek im Libanon als Antwort auf den Sprengstoffanschlag gegen die französischen Soldaten des Friedenskorpस beschlossen hatten. Betroffenheit und Entrüstung waren auf italienischer Seite groß und der bilaterale Gipfel wäre fast gescheitert. Als erschwerender Aspekt kam in jenen Tagen ein Leitartikel in „Le Monde“ hinzu, in dem versucht wurde, das französische Vorgehen durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß Italien „derzeit nicht bereit zu sein scheint, den transatlantischen Sicherheiten die Risiken und die Größe der europäischen Herausforderung vorzuziehen“<sup>5</sup>.

### *Die Mitwirkung Italiens an den Gemeinschaftsverhandlungen*

Als recht intensiv erwies sich die Mitwirkung Italiens im engeren Gemeinschaftsbereich, in dem es einige – gemessen an den anderen Mitgliedstaaten – relativ deutliche und eigenständige Positionen eingenommen hat.

Hinsichtlich der allgemeinen Reform der Entscheidungsmechanismen und der Gemeinschaftspolitik war Italien im wesentlichen in drei Richtungen tätig: bei der Genscher-Colombo-Initiative, im Bereich des Gemeinschaftshaushalts und der gemeinsamen Politiken und bei der Unterstützung der Initiative des Europäischen Parlaments zur Reform der EG-Verträge.

Während die Genscher-Colombo-Initiative nach einigen Jahren der Verhandlung und Umformulierung beim Europäischen Gipfel in Stuttgart fast am Ziel angelangt war, stellte sich zu Anfang des Jahres das allgemeine Bild der Wiederbelebung der Gemeinschaft wesentlich ungewisser dar. So lancierte Emilio Colombo auf der Außenminister-Konferenz vom 24. Januar die Idee eines „außerordentlichen Europäischen Rates“, der sich vor allem mit neuen Gemeinschaftspolitikern befassen sollte, mit der EG-Finanzierung, mit den Fortschritten innerhalb des Europäischen Währungssystems, der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und der Süderweiterung der Gemeinschaft<sup>6</sup>. All diese Themen stellten ursprünglich den italienischen Beitrag zum Genscher-Colombo-Plan dar<sup>7</sup>, wurden dann aber im Verlauf der nachfolgenden Änderungen fallen gelassen.

Nach dem teilweisen Scheitern der Sitzung des Europäischen Rates von Brüssel machte der italienische Außenminister einen erneuten Anlauf mit einem Schreiben vom 24. April an seine Amtskollegen sowie mit einem Memorandum, in dem die italienischen Positionen im Blick auf den Europäischen Gipfel von Stuttgart detailliert dargelegt wurden<sup>8</sup>. Wesentlicher Punkt dieses Memorandums, das im übrigen die Vorschläge vom Januar wieder aufgriff, war eine Erhöhung des Mehrwertsteuer-Anteils von 1 auf 2 % sowie eine besondere Strategie zur Lösung der britischen Beitragsfrage. Diese sollte in die allgemeine Debatte über die Eigenmittel der EG eingegliedert werden, anstatt sie – wie es die Engländer und teilweise auch die Deutschen wünschten – gesondert zu behandeln. Der Entschluß von Colombos Kollegen, das Memorandum auf der inoffiziellen Tagung in Gymnich vom 14./15. Mai zu erörtern, führte zu keinerlei konkretem Ergebnis, da die grundlegenden Gegensätze bestehen blieben und Italien schließlich fast isoliert dastand (diese Situation wiederholte sich bei der Ratssitzung vom 24. Mai in Brüssel).

Der europäische Juni-Gipfel von Stuttgart brachte für Italien keine besseren Resultate. Die Erhöhung des MWSt-Anteils wurde nicht angenommen, die britische Frage wurde nur kurzfristig gelöst, und die „Feierliche Erklärung“ reflektierte keineswegs den Geist des Genscher-Colombo-Plans. Colombo verbarg darüber nicht seine Enttäuschung und erklärte gegenüber der Presse, daß das „Nicht-Zustandekommen einer Stärkung der Befugnisse des Europäischen

Parlaments ein schwerer politischer Fehler“ war (denn dies war einer der wesentlichen Punkte des deutsch-italienischen Plans gewesen).

In den Monaten nach Stuttgart erfuhr die italienische Position keine Veränderung. Vor allem hinsichtlich der EG-Eigenmittel wurde wiederholt die Notwendigkeit unterstrichen, die Erhöhung des MWSt-Anteils auf 2 % zu erreichen und die Ausgaben für die Gemeinschaftspolitiken – mit Ausnahme der Landwirtschaftspolitik – zu steigern. Die Uneinigkeit mit den anderen Gemeinschaftspartnern über diesen letzten Punkt trat sowohl im Juli mit der Stimmenthaltung Italiens zum Haushaltsentwurf für 1984 aufgrund der übermäßigen, von den anderen Partnern vorgeschlagenen Kürzungen bei der Sozial- und Regionalpolitik zutage, wie dann auch im November, als Italien sich erneut der Stimme enthielt und seine Partner beschuldigte, nicht genügend Aufgeschlossenheit für die Forderung des Europäischen Parlaments hinsichtlich einer Erhöhung bestimmter Kapitel im Haushalt 1984 gezeigt zu haben.

Zum Verständnis des italienischen Widerspruchs ist an die Verhandlungen über die Reform der gemeinschaftlichen Landwirtschaftspolitik zu erinnern, sowie an die Erstellung von Maßnahmen zugunsten der Obst- und Gemüseproduktion. Zum ersten Thema hat die italienische Regierung einen Kampf zur Verminderung der Festsetzung von Quoten für Milch eingeleitet, da Italien hier erhebliche Defizite verzeichnet, während gleichzeitig der Verbrauch im Gegensatz zur übrigen Gemeinschaft ansteigt. Hinsichtlich des zweiten Punktes wurde ein vermehrter Schutz für die Erzeugnisse der Mittelmeerländer gefordert und teilweise mit dem am 18. Oktober in Luxemburg ausgehandelten Kompromiß über die Reform der Marktordnung für Obst und Gemüse und Olivenöl erreicht. Dennoch hat die Unzufriedenheit über die Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft, die der übermäßigen Privilegierung der mittel- und nordeuropäischen Interessen bezichtigt wurde, aufsehenerregende Demonstrationen hervorgerufen, wie z.B. den Protestmarsch der 10 000 italienischen Bauern in Brüssel Anfang November.

Infolge der fehlenden Fortschritte und insbesondere nach dem Scheitern des Athener Gipfels Ende des Jahres hat sich in Italien eine umfassende Kritik an der Gemeinschaft breit gemacht. Die Haltung der führenden italienischen Politiker wurde immer pessimistischer, und die Verhandlungsposition entfernte sich immer mehr von der der anderen EG-Partner, wodurch die – nicht nur theoretische – Gefahr entstand, daß die Voraussetzungen für ein ‚italienisches Problem‘ innerhalb der Gemeinschaft geschaffen würden.

#### *Das Stahldossier*

Die Stahlfrage war einer der Punkte, bei denen Italien in harten Gegensatz zur Kommission geriet und die in der Öffentlichkeit gemeinschaftsfeindliche Reaktionen und Empörung hervorrief.

Der Brüsseler Beschluß vom 29. Juni 1983, die Stahlproduktion der Gemeinschaft wegen der beständigen Überschüsse und der wachsenden Krisensituation

in diesem Sektor drastisch zu kürzen, hat sofort eine ungewöhnlich negative Reaktion bei Außenminister Emilio Colombo verursacht. In einem Ton, den man sonst von ihm nicht kennt, bezeichnete Colombo die von der Kommission beschlossenen Maßnahmen als „unakzeptabel“ und „undurchführbar“ und beichtigte die Kommission der Gleichgültigkeit gegenüber dem daraus folgenden Verlust von Arbeitsplätzen<sup>9</sup>. In der Tat sollte bei einer Gesamtkürzung von 26,7 Mio. Tonnen auf Italien eine Beschneidung von 5,83 Mio. Tonnen (davon 3,83 Mio. t im staatlichen, notorisch krisenhaften Sektor und 2 Mio. t im Privatsektor) entfallen. Der Verlust an Arbeitsplätzen wurde mit ungefähr 42 000 angegeben.

Italienischen Experten zufolge ist diese drastische Reduzierung der Arbeitsplätze jedoch auf eine akkumulierte Verzögerung in der schrittweisen Verminderung der Beschäftigungskapazität in diesem Sektor zurückzuführen. In der Tat hat Italien, das nach Deutschland der zweitgrößte Stahlproduzent in Europa ist, im Zeitraum 1974 – 1982 nur 4 000 Arbeitsplätze eingespart. Im selben Zeitraum wurden in Deutschland 56 000, in Frankreich 63 000 und in Großbritannien 120 000 Arbeitsplätze gestrichen. Dies ist zwar teilweise einer größeren Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung der italienischen Stahlindustrie zuzuschreiben, aber es ist dennoch eine Situation des Ungleichgewichts in einer Zeit struktureller Krisen im Stahlsektor entstanden.

Angesichts des Drucks der Öffentlichkeit hat die italienische Regierung am 2. Juli eine offizielle Protestnote an die Kommission gesandt und dann bekannt gegeben, daß sie sich der Verlängerung der Produktionsquotenregelung (Art. 58 der Römischen Verträge) widersetzen werde. Auf der Ministerratssitzung vom 25. Juli konnte keine Vereinbarung zu diesem Punkt erreicht werden, u.a. auch deshalb nicht, weil Italien sich auf die Verteidigung eines „vitalen Interesses“ berief. Nach dieser Phase ernster Gegensätze machte sich eine Entspannung der Lage bemerkbar, und Italien forderte als Kompromißlösung für die Annahme der von der Kommission geforderten Gesamtreduzierung eine Umkehrung der Proportion zwischen den Kürzungen in der staatlichen Industrie und denen in der Privatindustrie. Ende des Jahres war die Frage noch immer nicht gelöst; im November sah sich die Kommission dann gezwungen, erneut ein Alarmzeichen über den Verfall des Stahlmarktes zu geben, und schlug ein System von Mindestpreisen anstelle der Quoten vor.

#### *Die italienische Administration und die Gemeinschaft*

Die Anpassung der politisch-administrativen Strukturen Italiens an die mit der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft verbundenen Aufgaben ist ein altes und nach wie vor ungelöstes Problem. So dauerten auch 1983 die administrativen Unzulänglichkeiten an, die Italien einen schlechten Ruf verschafft haben. Dies zeigt sich auf drei verschiedene Weisen: in den Verletzungen der Vertragsnormen sowie der entsprechenden Richtlinien und Verordnungen; in der im wesentlichen durch Verzögerungen verursachten Nichterfüllung der Gemeinschaftsbe-

stimmungen; in der Unfähigkeit, die Gemeinschaftsfinanzierungen und -Vergünstigungen voll zu nutzen.

Hinsichtlich der beiden ersten Punkte – Verletzungen und Nichterfüllung – kam es 1983 in verschiedenen Fällen zur Intervention der Kommission und des Gerichtshofs. Besonders beunruhigt war die Kommission dabei über das Dossier zu den nationalen Unterstützungsmaßnahmen für Industrie und Handel unter Verletzung der EG-Wettbewerbsbestimmungen. Abgesehen vom hier beschriebenen Stahl-Fall hat die Kommission z.B. Untersuchungsverfahren über die Hilfsmaßnahmen für die Schiffswerften angestrengt, 14 Unterstützungsprojekte für die mittel- und norditalienische Industrie blockiert und ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verzögerung in der Anwendung der Richtlinien über kosmetische Erzeugnisse eingeleitet. Noch gravierender waren jedoch die betrügerischen Unterstützungsanträge für Olivenöl wegen der möglichen negativen Auswirkungen auf die Verhandlungen im Interesse der Landwirtschaftserzeugnisse des Mittelmeerraums und wegen der durch sie ausgelösten Empörung in Gemeinschaftskreisen. Die Kommission hat zwar am 28. Juli die Zahlen, die in der europäischen Presse über den Betrug von angeblich 150 Mio. ECU für 200 000 Tonnen zu viel deklarierten Öls kursierten, korrigiert; aber die Tatsache an sich hat die Unfähigkeit der Verwaltungskontrolle in Italien ebenso deutlich gemacht wie die ziemlich veralteten Produktions- und Vermarktungssysteme – ein altes Problem der Landwirtschaft des Südens.

Was die Verurteilungen angeht, so mußte sich der Gerichtshof verschiedentlich mit Italien befassen, wenn auch der Prozentsatz italienischer Normverletzungen inzwischen kaum noch über dem europäischen Durchschnitt liegt. Charakteristisch für Italien ist, daß die Verletzungen fast immer durch Unfähigkeiten der Administration oder durch Verzögerungen zustande kommen und nicht etwa durch eine klar gemeinschaftsfeindliche Absicht<sup>10</sup>. Italien hält in der Tat seit jeher den Rekord bei der Anzahl der nicht durchgeführten Gemeinschaftsrichtlinien. Laut EG-Kommissar Antonio Giolitti „ist dies auf verfassungsbedingte Gründe zurückzuführen und – wie gesagt – auf bürokratisch-administrative Nachlässigkeit. Das Hauptübel liegt jedoch an der Wurzel, d.h. in der Tatsache, daß die Erstellung der Gemeinschaftsnormen auf der Ebene einzelner und von einander getrennter Ministerialbürokratien anstatt auf politischer Ebene durch die politischen Organe erfolgt; insofern üben Regierung und Parlament keinerlei Einfluß beim Entstehungsprozeß des Gemeinschaftsrechts aus“<sup>11</sup>. Dies verursacht folglich beträchtlichen Widerstand, sobald es um die Durchführung einer Richtlinie geht.

In dieser Hinsicht hat die Schaffung eines Ministeriums für die Koordinierung der Gemeinschaftspolitiken keinerlei Verbesserung gebracht. Auch mit der Ernennung von Francesco Forte, einem maßgebenden Berater von Ministerpräsident Craxi, zum Minister für dieses Ressort bei der Regierungsbildung Anfang August 1983, hat sich nichts geändert, abgesehen von vermehrter Aktivität und Mitwirkung des Ministers selbst bei der Entscheidungsfindung.

Diese administrative Schwäche schlägt sich auch auf die Verwendung der Gemeinschaftsmittel nieder. So erklärte der italienische EG-Kommissar Giolitti, daß „im Zeitabschnitt 1975 bis 1983 (also seit der Gründung des Regionalfonds) aus allen drei Fonds (Sozial- und Regionalfonds, Unterstützungsfonds für die Landwirtschaft) 8,750 Mrd. Lire für Italien veranschlagt wurden – gemessen an der Gesamt-EG sind dies fast 33 %. Im selben Zeitraum hat Italien davon aber nur 4000 Mrd. Lire tatsächlich verwendet, d.h. weniger als die Hälfte der zur Verfügung gestellten Mittel, während der Gemeinschaftsdurchschnitt des Zahlungsvolumens gemessen an den Verpflichtungen in den letzten vier Jahren bei über 60 % liegt“<sup>12</sup>. Vergleichsweise ist Italien also auch in einem Bereich auf der Verlustseite, in dem die Gemeinschaftszugehörigkeit eigentlich von Vorteil sein müßte.

### Anmerkungen

- 1 Agence Europe v. 24. Januar 1983.
- 2 Vgl. La Repubblica v. 9. Januar 1983, S. 6.
- 3 Unter den wissenschaftlichen Instituten, die sich mit dem Problem der Sicherheit Europas befaßt haben, ist das Istituto affari internazionali (IAI) in Rom zu nennen mit: Studien-gruppe über Europäische Sicherheit, Dokumente, Rom 1983.
- 4 Vgl. Agence Europe v. 1. März 1983, S. 3.
- 5 Agence Europe v. 21. November 1983, S. 1.
- 6 Vgl. Agence Europe v. 24. Januar 1983, S. 4.
- 7 Zum Hintergrund der Initiative Genscher-Colombo aus italienischer Sicht: Ferdinando Lay (Hrsg.), Die deutsch-italienische Initiative zur Wiederbelebung der Europäischen Union. Ursprung und Entwicklung der Stuttgarter Erklärung, Padua 1983.
- 8 „Eine Initiative Italiens mit Blick auf den europäischen Gipfel von Stuttgart“, Europe Documenti, Nr. 1253 v. 25. April 1983 (Anl. zu Agence Europe).
- 9 Vgl. Agence Europe v. 1. Juli 1983, S. 6 und darauffolgende Tage.
- 10 Zu diesem Problem der italienischen Mitwirkung in der EG hat EG-Kommissar Antonio Giolitti unter dem Titel „Italien und die Gemeinschaft nach 30 Jahren Erfahrung: Optionen zwischen Krise und Wiederbelebung“ am 2. März 1984 in Rom einen Vortrag auf einer vom Istituto affari internazionali und der Banca Nazionale di Agricoltura (BNA) organisierten Tagung (Italien in der veränderten Ordnung der internationalen und EG-Beziehungen) gehalten; siehe dort verteiltes hektographiertes Manuskript des Vortrages.
- 11 Ebenda, S. 15.
- 12 Ebenda, S. 18.

### Weiterführende Literatur

- Bonvicini, Gianni, Italy: an integrationist perspective, in: Christopher Hill, National Foreign Policy and European Political Cooperation, London: Allen and Unwin 1983.
- Dell'Omodarme, Marcello, L'Italia e l'Europa: una nonpolitica, in: Il Ponte, Florenz: La Nuova Italia 1983, Nr. 6 u. 7/8.
- L'evoluzione dei principali fattori di politica internazionale e le collocazioni alternative dell'Italia nel corso degli anni Ottanta (Die Entwicklung der Hauptfaktoren internationaler Politik und die alternativen Kollokationen Italiens im Laufe der 80er Jahre), Rom: Istituto affari internazionali (IAI), Rom 1983.
- L'Italia nella politica internazionale. Anno 1982 – 83, in: Jahrbuch der internationalen Politik, hrsg. vom Istituto Affari internazionali (IAI), Mailand: Edizioni Comunità 1984.